

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlags- und Informationsdienst (IMP 53) Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort Wien,  
Druck: Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 3. November 1987

Blatt 2365

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

## Kommunal/Lokal:

- ÖVP kritisiert Wiener Tarifpolitik (2366/FS: 2.11.)
- Mayr: Wiener Gebühren korrekt errechnet (2366/FS: 2.11.)
- Dialog „Herausforderungen an die Stadtpolitik“ (2367-2369/FS: 2.11.)
- Nächste zentrale Selbstschutzberatung am 5. November (2370)
- Neues Leben für Schloß Wilhelminenberg (2371)
- Neue Verkehrsampel in der Hadikgasse (2371)
- ÖVP für Schaffung eines „Nationalparks Wienerwald“ (2373)
- Braun: Wien gesprächsbereit für „Nationalpark Wienerwald“ (2373)
- Charta über die europäischen Städte unterzeichnet (2375/2375)
- Eröffnung des neugestalteten Kolonitzplatzes (nur FS)

## Kultur:

- Kunsthalle der Stadt Wien im Messepalast (2372)
- Historisches Museum: Studiensaal gesperrt (nur FS)

## **ÖVP kritisiert Wiener Tarifpolitik**

Wien, 2.11. (RK-KOMMUNAL) ÖVP-Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und GR. Dr. Johannes HAWLIK kritisierten am Montag in einem Pressegespräch die Tarifpolitik der städtischen Unternehmungen. In einem Vergleich mit den anderen Landeshauptstädten zeige sich, daß Wien besonders bei den Wasser- und Abwassergebühren einen hohen Kostendeckungsgrad erreiche. Busek kritisierte vor allem die „rein kalkulatorischen Kosten“. So werde den Verbrauchern auch die Verzinsung des Eigenkapitals verrechnet. Hawlik wies darauf hin, daß die Tarifpolitik sozialpolitische Auswirkungen habe. Gerade Mehrkinderfamilien und einkommensschwächere Pensionisten würden belastet.

### **Wahlkampfkosten sollen beschränkt werden**

Busek kündigte an, daß die Volkspartei in der ersten Sitzung des neuen Landtages eine gesetzliche Beschränkung der Wahlkampfkosten verlangen werde. Er könne sich vorstellen, daß die Kosten für jede Partei mit 20 Schilling pro Wahlberechtigten, das sind in Summe rund 22 Millionen Schilling, begrenzt werden sollten. Dabei müßten allerdings auch diverse Personenkomitees einbezogen werden. Die Endabrechnungen sollten dann vom Rechnungshof überprüft werden. (Schluß) fk/bs

## **Mayr: Wiener Gebühren korrekt errechnet**

Wien, 2.11. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Gebühren werden korrekt errechnet, betonte Vizebürgermeister Hans MAYR zu einer ÖVP-Kritik von heute, Montag. In den meisten Fällen beträgt die Kostendeckung weit unter 50 Prozent, bei einigen Gebühren, wie z.B. Wasser, Müll und Kanal, bewegt sich die Kostendeckung zwischen 80 und fast 100 Prozent. In Summe kann von Gewinnen keine Rede sein, erklärte Mayr, bei den meisten Dienstleistungen wie z.B. bei den Kindergärten oder den Bädern sind hohe Zuschüsse aus allgemeinen Steuermitteln notwendig.

Die von der ÖVP kritisierte Verrechnung kalkulatorischer Kosten geht auf eine Empfehlung des Rechnungshofes zurück, der vor Jahren bei einer Überprüfung der Stadt Wien die Anrechnung dieser Kosten vorgeschlagen hat, schloß Mayr. (Schluß) sei/bs

Bereits am 2. November 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## Dialog „Herausforderungen an die Stadtpolitik“

Wien, 2.11. (RK-KOMMUNAL) Als Auftakt des zweitägigen Treffens der Stadtoberhäupter von Hamburg, München, Zürich und Wien — Dr. Klaus von DOHNANYI, Georg KRONAWITTER, Dr. Thomas WAGNER und Dr. Helmut ZILK — fand Montag nachmittag im Wiener Rathaus ein Dialog unter dem Motto „Herausforderungen an die Stadtpolitik“ statt. Vor einem Auditorium aus Diplomatie, Politik und Verwaltung erörterten Referenten aus der Bundesrepublik, der Schweiz und Österreich Aspekte der künftigen Entwicklung der europäischen Großstädte.



### Zilk: „Die Städte leben“

In seiner Begrüßung wies Bürgermeister Dr. Zilk darauf hin, daß die Charta über die europäischen Städte ein Zeichen für die Bedeutung der Entwicklung dieser Städte sei. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen werden in 60 Jahren 80 Prozent der Menschheit in Städten leben — dies ganz abgesehen von der wachsenden kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung der Städte. Politik wird in Zukunft ohne Berücksichtigung der Städte nicht mehr möglich sein. Dies ist in Österreich auch angesichts der jahrzehntelangen Benachteiligung der Ost-Region und der Bundeshauptstadt zu vermerken. Die Städte müssen auch Speerspitzen der Umweltpolitik sein. Sie gewinnen aber auch zunehmend außenpolitische Bedeutung — sie müssen Zentren der Friedenspolitik sein. „Trotz aller Schwierigkeiten: Die Städte leben!“, betonte Zilk, „die Geschichte der Städte ist eine Geschichte der Schwierigkeiten und ihrer erfolgreichen Überwindung.“

### Hofmann: Absage an blinde Großstadtkritik

Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN erinnerte daran, daß heuer im Juni in Wien bereits die ersten Stadtgespräche zwischen Experten aus Hamburg, München, Zürich und Wien stattfanden. Im Mittelpunkt stand dabei das Wiener Modell der integrativen Stadtentwicklungsplanung am Beispiel Donauraum und Gürtel. Die nächsten Stadtgespräche werden in Zürich abgehalten und vor allem Umweltfragen zum Thema haben.

Hofmann warnte vor einer blinden und verfehlten Großstadtkritik. Ein frisches Selbstbewußtsein der Städte sei notwendig, Konflikte sind Herausforderungen für Ideen und Taten. In der Urbanität, nicht in der Zersiedelung liege die Zukunft Europas. Europas Städte dürfen keine bloßen

Bereits am 2. November 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

Museen werden, sondern müssen Orte der Begegnung und Entwicklung bleiben. Dafür ist die engagierte Mitwirkung der Bürger nötig.

#### **„Entwicklungstrends für die Stadt von morgen“**

Über das Thema „Entwicklungstrends für die Stadt von morgen“, referierte Dr. Dieter SAUBERZWEIG, der Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik in Berlin. Wir befinden uns, sagte Sauberzweig, in einer Phase tiefgreifender sozioökonomischer Veränderung. Patentrezepte für Städtegebees nicht, über Fragen der Tagesaktualität darf jedoch die Perspektive auf langfristige Entwicklungen nicht verloren gehen. Der Wandel zur postindustriellen Gesellschaft hat tiefe Auswirkungen auf die Städte. Nichtmaterielle Werte gewinnen an Bedeutung. Neue Ansprüche an die Städte entstehen: Offenheit — nicht Perfektionismus — ist in der Stadtentwicklung gefragt. Der Ausbau der Informationstechnologien schafft eine höhere Standort-Ungebundenheit für Arbeit und Wohnen, der tertiäre Sektor nimmt zu, die Qualifikationsanforderungen an die Arbeitskräfte steigen. Der Strukturwandel in der Bevölkerung erfordert eine Umgestaltung der städtischen Infrastruktur. Die arbeitsfreie Zeit wächst und verlangt als Antwort die städtische Vielfalt. Die Bejahung der Stadt ist eine Voraussetzung für den Fortbestand einer schöpferisch-produktiven Gesellschaft, schloß Sauberzweig.

#### **„Investitionsentscheidungen an der Schwelle zum Dritten Jahrtausend“**

Zum Thema „Investitionsentscheidungen an der Schwelle zum Dritten Jahrtausend“ sprach Generaldirektor Dr. Peter GROSS (Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich). Er wies darauf hin, daß sich die Verlagerung zum tertiären und der Übergang zum quartären Bereich (Informationsvernetzung) verstärkt. Die Entwicklung neuer Technologien setzt sich beschleunigt fort. Über allem steht dabei die Frage, ob in den Städten noch investiert werden soll und — wenn ja —, ob die Städte den raschen Entscheidungsstrukturen der Wirtschaft gewachsen sind. Zu den wichtigsten Rahmenbedingungen für Investitionen gehören die Rechtssicherheit, der Ausbildungsstandard, die Energieversorgung, ein vernünftiges Steuersystem und leistungsfähige Verkehrssysteme. Die Freiräume für die Wirtschaft dürfen nicht noch weiter eingeengt werden. „Und schließlich kann es nicht schaden, daß sich auch Gemeinwesen verstärkt darauf besinnen, daß Geld zuerst verdient werden muß, bevor man es ausgeben kann“, sagte Gross, der sich abschließend für eine enge Partnerschaft zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft aussprach.

#### **„Arbeitsplatz Stadt im gesellschaftlichen und technischen Wandel“**

ÖGB-Präsident Friedrich VERZETNITSCH sprach über den „Arbeitsplatz Stadt im gesellschaftlichen und technischen Wandel“. Die Strukturverschiebung zum Dienstleistungssektor wurde in der Vergangenheit auch durch die Einstellung der Stadtbevölkerung verstärkt, zum Beispiel durch das Hinausdrängen von „Schornsteinindustrien“ aus den Städten. Allerdings wurde der Prozeß der Entindustrialisierung — ebenso wie jener des zunehmenden Zweitwohnungsbesitzes — in jüngerer Vergangenheit, so durch neue Technologien und die offenkundig werdenden Probleme der Zersiedelung, gestoppt. In keinem anderen räumlichen Gebilde ist die Verbindung von Arbeit, Bildung und Freizeit so effizient möglich, wie in der Großstadt. Diese Verbindung muß das Ziel der Stadtentwicklungspolitik sein, nicht jedoch eine dieser Komponenten isoliert.

#### **„Die Rolle und Bedeutung der Kultur für die Zukunft der europäischen Städte“**

Fragen der Kulturpolitik standen im Mittelpunkt der Ausführungen von Dr.

Forts. von Blatt 2367

Forts. auf Blatt 2369

Hermann GLASER, dem Kulturdezernenten der Stadt Nürnberg. Die Totalität des gelungenen Lebens macht die Urbanität aus, zitierte Glaser Habermas. Die Wirtschaft sei ein wesentlicher Bestandteil dieser Totalität, Glaser warnte jedoch vor einseitiger Profitorientierung. Nicht um diese, sondern um die „wirtliche“ Stadt gehe es. Er wies auf den Wandel im Altersaufbau der Bevölkerung hin, es bestehe die Tendenz, daß die europäischen Städte vergreisen. Es sei vor diesem Hintergrund nicht zuletzt Aufgabe der Politik, Alter neu zu definieren.

Forts. von Blatt 2368

### Diskussion

In der anschließenden, von Franz KREUZER geleiteten Diskussion, meinte der Hamburger Bürgermeister Dr. Klaus von Dohnanyi, der Wandel in den Städten sei heute nicht tiefgreifender als früher — der heutige Zustand sei im Gegenteil sogar relativ stabil. Noch nie haben die Menschen in den Städten so gut gelebt wie heute. Allerdings: die Städter sind auch sozial verletzbarer als die Bevölkerung auf dem flachen Land. Die Arbeitslosigkeit sei eine große Gefahr für die Entwicklung der Städte. Vollbeschäftigung und soziale Absicherung sind deshalb ganz wesentliche gemeinsame Ziele der großen Städte.

Münchens Oberbürgermeister Georg Kronawitter wies darauf hin, daß die Vielfalt des Angebotes in den Städten heute so groß wie nie zuvor sei. Dennoch gibt es auch Gefahren für die Städte: so die hohen Lebenshaltungskosten (vor allem Mieten), durch welche kleine Einkommensbezieher zunehmend in Schwierigkeiten geraten. Es gibt auch einen Verdrängungsprozeß und eine nicht wünschenswerte Umschichtungstendenz in der Bevölkerung — schlecht Ausgebildete kommen immer weniger zurecht in der Gesellschaft. Im Kulturbetrieb besteht ein großes Gefälle — Kultur für Alle ist notwendig. Und schließlich gefährdet auch der Autoverkehr die Lebensqualität in der Stadt — hier sind wirksame Maßnahmen notwendig.  
(Schluß) ger/bs

## **Nächste zentrale Selbstschutzberatung am 5. November**

**Im Rathaus, Schmidthalle**

Wien, 3.11. (RK-LOKAL) Die nächste zentrale Selbstschutz-Beratung in der Schmidthalle des Rathauses findet am Donnerstag, dem 5. November, statt. Zwischen 15.30 und 18 Uhr beraten hier Experten des Zivilschutz-Landesverbandes, der Feuerwehr, des Gesundheitsamtes, der Ärztekammer, der Polizei, der Stadtbaudirektion und der Magistratsdirektions-Verwaltungsorganisation. Allgemeine Auskünfte und Informationsmaterial bieten außerdem die Selbstschutz-Informationszentren in allen Bürgerdienst-Außenstellen. Sie sind Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen“ bis 17.30 Uhr, geöffnet.

Das Programm der Selbstschutzkurse im heurigen Herbst kann man in der Stadtinformation, Telefon 43 89 89, bestellen. Der Tonbanddienst der Stadtinformation (15 25) informiert ebenfalls darüber.

### **Weitere Kurse im Frühjahr**

Weitere Selbstschutzkurse finden im kommenden Frühjahr statt. Man kann seinen Namen und seine Anschrift in der Stadtinformation bekanntgeben und erhält zeitgerecht vor Kursbeginn das Programm zugesandt. (Schluß) and/rr

## **Neues Leben für Schloß Wilhelminenberg**

### **Flächenwidmungs- und Bebauungsplan**

Wien, 3.11. (RK-BEZIRKE) Das gründerzeitliche Schloß Wilhelminenberg — es wurde nach Plänen von Eduard FRAUENFELD und Ignaz SOWINSKY in den Jahren 1903 bis 1908 errichtet — soll revitalisiert werden. Die Holdingfirma WIGAST baut das Schloß derzeit zu einem Hotel um. Der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan wurde daher überarbeitet, um den Hotelbetrieb zu ermöglichen. Vor allem wurden Flächen für die Schaffung von Parkplätzen sowie bebaubare Flächen für die Errichtung einer Dependence ausgewiesen. So wie bisher soll für das gesamte Plangebiet am Wilhelminenberg die Widmung Grünland festgesetzt werden. Der Entwurf für die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans liegt vom 5. November bis 3. Dezember 1987 in der MA 21 (1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, Donnerstag 8 bis 17.30 Uhr) zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/bs

## **Neue Verkehrsampel in der Hadikgasse**

### **Mehr Sicherheit für die Fußgänger**

Wien, 3.11. (RK-KOMMUNAL) In der Hadikgasse in Penzing wird Mittwoch vormittag beim Badhaussteg eine neue Verkehrslichtsignalanlage in Betrieb genommen. Sie wird vor allem den vielen Fußgängern, die aus dem 14. Bezirk kommen und zum Bezirksamt am Hietzinger Kai wollen, ein gefahrloses Überqueren der stark befahrenen Hadikgasse ermöglichen.

Untertags ist die Ampelschaltung mit der benachbarten Signalanlage Hadikgasse — Kennedybrücke koordiniert, sodaß die Fußgänger in regelmäßigen Abständen „Grün“ erhalten. In der Nacht hat der Verkehr in der Hadikgasse Dauergrün, das die Fußgänger aber mit einer Anmelde Taste bei Bedarf unterbrechen können. (Schluß) sc/gg

## Kunsthalle der Stadt Wien im Messepalast

Wien, 3.11. (RK-KULTUR) Ab Februar 1988 verfügt die Stadt Wien über ein eigenes Ausstellungszentrum: der 335 Quadratmeter große Teil der derzeitigen Halle H im Messepalast (Eingang beim Volkstheater) wird als „Kunsthalle der Stadt Wien im Messepalast“ für ein eigenständiges Ausstellungsprogramm zur Verfügung stehen.

Kulturstadtrat Franz MRKVICKA sieht in der städtischen Kunsthalle die Weiterentwicklung seiner Ausstellungspolitik, die bereits bisher in Kooperation mit verschiedenen Wiener Institutionen wichtige Ausstellungen wie zuletzt die Expressionisten-Ausstellung im Oberen Belvedere oder die Hollein-Schau im Museum des 20. Jahrhunderts nach Wien brachte. Mrkvicka: „Die eigene Ausstellungshalle bietet nun die Möglichkeit, weitere Akzente im Wiener Ausstellungswesen zu setzen“.

Die Halle im Messepalast, die vom Kulturstadtrat der Stadt Wien um 560.000 Schilling im Jahr gemietet wird, bedarf nur geringer Adaptierungen und kann damit bereits im Februar 1988 eröffnet werden. Das Ausstellungsprogramm für das erste Jahr steht bereits weitgehend fest.

### Eröffnung mit Alfred Hrdlicka

- 1.) Eröffnungsausstellung: „Alfred Hrdlicka — Die Druckgraphik“  
(Februar — April 1988)  
60. Geburtstag von Prof. Alfred Hrdlicka am 27.2.1988. Im Europa-Verlag erscheint Werksverzeichnis der Druckgraphik. Vor allem die großen Radier-Zyklen (Roll over Mondrian, Randolectil, Haarmann) waren lange in Wien nicht zu sehen. Auswahl aus dem riesigen druckgraphischen Werk.
- 2.) „Max Weiler — Arbeiten auf Papier 1980-1986“  
(Mai — Juni 1988)  
Zu Beginn des Jahres zeigt die Secession die Ölbilder Max Weilers. Die neuen Arbeiten auf Papier bieten sich als hervorragende Ergänzung an.
- 3.) „Junge Plastiken aus Wien“  
(Juli — August 1988)  
Plastiken und Objekte von Akademie- und Hochschulabsolventen der letzten Jahre.
- 4.) „Oswald Oberhuber — Arbeiten auf Papier 1947-1986“  
(September — Oktober 1988)  
Übernahme einer wichtigen Ausstellung, die vom Frankfurter Kunstverein organisiert wurde. Die „Arbeiten auf Papier“ ergänzen eine Oberhuber-Ausstellung, die Arbeiten aus Privatbesitz umfaßt und im Museum des 20. Jahrhunderts gleichzeitig gezeigt werden soll.

(Schluß) gab/bs



## **ÖVP für Schaffung eines „Nationalparks Wienerwald“**

Wien, 3.11. (RK-KOMMUNAL) Für die Schaffung eines „Nationalparks Wienerwald“ sprach sich Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN im Rahmen eines ÖVP-Pressegesprächs am Dienstag aus. Der Wienerwald habe für die Wiener Bevölkerung „Wohlfahrtsfunktion“ und sei deshalb besonders zu schützen. Aufgrund von Untersuchungen sei festgestellt worden, daß bereits fast 70 Prozent des Waldbestandes Schädigungen aufweisen. Die ÖVP schlug u.a. folgende Maßnahmen zum Schutz des Wienerwaldes vor: Verbesserungen zur Luftreinhaltung, Nulltarif für öffentliche Verkehrsmittel, Reduktion der Emissionen, naturnahe Waldbewirtschaftung sowie ein Tempolimit für Nicht-Kat-Autos. Ein Übereinkommen von Bund, Ländern und Gemeinden über einen „Nationalpark Wienerwald“ sei eine Jahrhundertchance, um den Wienerwald als Naherholungsgebiet zu erhalten. (Schluß) du/rr

## **Braun: Wien gesprächsbereit für „Nationalpark Wienerwald“**

Wien, 3.11. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Helmut BRAUN erklärte gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“, daß die Stadt Wien grundsätzlich gesprächsbereit sei, was die Schaffung eines „Nationalparks Wienerwald“ betreffe. Wien sei seit jeher vehement für die Erhaltung des Wienerwaldes eingetreten. Bezüglich der von der Wiener ÖVP vorgeschlagenen Maßnahmen gegen das Waldsterben erklärte Braun, daß die technischen Einrichtungen zur Luftreinhaltung und zur Reduktion der Emissionen in Wien auf dem neuesten Stand seien. Allerdings sei die Luftreinhaltung ein Problem über die Grenzen hinweg, und deshalb sollte beispielsweise auch Niederösterreich Maßnahmen zum Schutz des Wienerwaldes treffen. Den Nulltarif für die öffentlichen Verkehrsmittel in Wien halte er für nicht sehr sinnvoll, weil man damit auf rund 2 Milliarden für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel verzichten würde.

Weiters erklärte Braun, daß sich Wien immer schon für den Katalysator, auch bei Mopeds, eingesetzt habe. Zur Schließung des Wald- und Wiesengürtels seien Wälder aufgeforstet worden, und Wien habe Teile des Wienerwaldes aufgekauft, um eine weitere Zersiedelung zu verhindern.

Zur Sicherung des Wienerwaldes als Naherholungsgebiet sollte sich auch Niederösterreich zu Gesprächen bezüglich der Schaffung eines „Nationalparks Wienerwald“ bereit erklären, schloß Braun. (Schluß) du/bs

## Charta über die europäischen Städte unterzeichnet

Wien, 3.11. (RK-KOMMUNAL) Die Stadtoberhäupter von Hamburg, München, Zürich und Wien — Dr. Klaus von DOHNANYI, Georg KRONAWITTER, Dr. Thomas WAGNER und Dr. Helmut ZILK — unterzeichneten am Dienstag im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses die Charta über die europäischen Städte.



Von links nach rechts: Der Oberbürgermeister von München, Georg Kronawitter, der Stadtpräsident von Zürich, Dr. Thomas Wagner, der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. Klaus von Dohnanyi, sowie Wiens Bürgermeister Dr. Helmut Zilk.

In der EntschlieÙung zur Charta heiÙt es unter anderem, daÙ

- der Stadtfeindlichkeit kraftvoll entgegengetreten werden müsse,
- die Aufgabe der Städte als Orte der Begegnung über alle politischen und geistigen Grenzen hinweg wahrgenommen werden müsse,
- die Ideen und Taten einer Stadt jeweils kritisch geprüft und verglichen werden sollen,
- und die öffentliche Diskussion und der Meinungs austausch gefördert werden sollen.

„Der Geist und die Tat kraft schufen die europäischen Städte. Der Wille der Europäer entscheidet über ihre Zukunft. Europäer: Ihr müÙt Eure Städte wollen!“, fordert die Charta.

### Gefahren als Herausforderungen

„Wir müssen unsere Städte wollen“ war auch der Titel des Festvortrages von Prof. Dr. Jakob MAURER (ETH Zürich) vor der feierlichen Unterzeichnung der Charta. Die Charta distanziert sich von blinder Stadtkritik. Die Gefahren für die Städte liegen nicht so sehr in ihren äußerlichen Problemen, sondern in der möglichen Unfähigkeit der Bürger und der Politik, die Zukunft von der Geisteshaltung Europas her herauszufordern. Nur aus der Geisteshaltung entspringt der Wille und die Kraft, Sinnvolles zu tun.

Die europäischen Städte haben Probleme, räumte Maurer ein. Die Charta enthält keine Patentrezepte. Sie fordert vielmehr auf, für die Vielfältigkeit der Ideen einzustehen. Sie verlangt die strenge Konkurrenz der Ideen. Das ist, so Maurer, der Aufruf zur Offenheit und die Sicht der Stadt als Aufgabe

und nicht als Lösung. Gefährlich wäre es, die Möglichkeit des Niederganges der europäischen Stadt nicht zu sehen. Die Charta ruft deshalb dazu auf, die europäischen Städte wieder zu begreifen als Einheit von Glauben, Denken und Handeln, Muße, Feste, Kunst und Arbeit. Die Städte sollen ihre Eigenart ausprägen und nicht Allerweltsrezepte übernehmen und dadurch zu einander gleichenden, langweiligen Klumpen werden. Es soll den Wettstreit der Städte geben, mit Phantasie und Tatkraft ihrer Zukunft entgegenzutreten. Die Städte müssen die Bewältigung ihrer Zukunft aktiv angehen, wollen sie Zukunft haben.

Forts. von Blatt 2374



Prof. Dr. Jakob Maurer (ETH Zürich)

### Pressekonferenz der Bürgermeister

Im Anschluß an die Unterzeichnung der Charta gaben die vier Bürgermeister eine gemeinsame Pressekonferenz. Zilk hob hervor, daß die Charta die Grundlage der Zusammenarbeit der vier Städte abseits von Nationalitäten und Parteigrenzen darstelle. Der Stellenwert der Städte sei schon allein dadurch gekennzeichnet, daß der Bevölkerungsanteil jener Menschen, die in städtischen Ballungszentren leben, von derzeit 60 Prozent in den nächsten Jahrzehnten auf 80 Prozent steigen wird.

Dohnanyi verwies auf den gegenseitigen Lernprozeß und den Wettbewerb der Städte untereinander bei der Lösung von Problemen. Als Beispiel führte er an, daß die Städte Zentren der Arbeit sind und erhebliche finanzielle Abflüsse ins Umland hinnehmen müssen. Dieses „Ausbluten“ der Städte im Zuge des Finanzausgleichs sei ein unbefriedigender Zustand, meinte Dohnanyi.

Wagner berichtete von den Schwerpunkten konkreter Zusammenarbeit der vier Städte. Anfang Mai wird in Zürich ein dreitägiges Treffen stattfinden, bei dem drei Themenbereiche behandelt werden: die Entsorgung — von der Müllverbrennung über die Deponierung bis zur Abwasserklärung; die Verkehrspolitik unter dem Aspekt der Möglichkeiten und Grenzen bei der Förderung des öffentlichen Verkehrs bzw. bei der Einschränkung des Individualverkehrs; Fragen der Bauordnung bzw. Flächenwidmung.

Kronawitter sagte, man müsse in der Kommunalpolitik über den eigenen Kirchturm hinausschauen, auch wenn dieser hoch sei. Für ihn habe beispielsweise die Wiener Donauinsel eine Vorbildfunktion als städtisches Erholungszentrum. Man habe nicht zuletzt auch aus dieser Anschauung von den ursprünglichen Plänen zur teilweisen Verbauung der Münchner Isarauen Abstand genommen. (Schluß) red/bs